

Gestern, 24. Juni 2014, 05:30

**Kompromisse absehbar**

# Walliser Tourismusgemeinden setzen auf Dialog

Luzius Theler, Sitten Gestern, 24. Juni 2014, 05:30

Die meisten Walliser Tourismusgemeinden schlagen bei der Einführung von Steuern auf Zweitwohnungen weniger harte Töne an. Die dezidierte Gegenwehr der Eigentümer trägt Früchte.

Als ein halbes Dutzend Walliser Gemeinden mit dem Segen des Bundesgerichts Abgaben für Zweitwohnungen einführen wollte, erschien das als verlockender Ausweg aus einer fiskalpolitischen Zwickmühle: In den meisten Tourismusorten reichten die Steuereinnahmen der Wohnbevölkerung trotz hoher Belastung nicht aus, um die steigenden Infrastrukturausgaben zu decken. Von einer Abgabe auf Zweitwohnungen versprach man sich einen erheblichen Beitrag an notleidende Gemeindekassen.

Doch die kommunalen Verwaltungen hatten die Rechnung ohne die Eigentümer der Zweitwohnungen gemacht. Vielerorts formierten sich die Zweitwohnungsbesitzer innert kurzer Zeit zu schlagkräftigen Interessengemeinschaften und Allianzen. Aus den eben noch anonymen und fast ein wenig gesichtslosen Zweitwohnungsbesitzern wurden mit einem Male Hundertschaften von erbosten Gästen, die sich an Orientierungsversammlungen der Gemeinden laut hörbar und mit stichhaltigen Argumenten zur Wehr setzten.

Obwohl sie mit Beschlüssen von Gemeindeversammlungen im Rücken vor die auswärtigen Hausbesitzer traten, befanden sich die örtlichen Behördenvertreter meist arg in der Defensive. Neben der Höhe der Abgaben, die ursprünglich mehrere tausend Franken im Jahr pro Zweitwohnung betragen hätten, waren fehlende Dialogbereitschaft und mangelnde Transparenz beim Verwendungszweck der abgeschöpften Gelder die Hauptvorwürfe an die Gemeinden. Die Zweitwohnungsbesitzer fühlten sich nicht mehr als Stammgäste, sondern als Milchkühe.

Der unerwartete Aufstand zeigt nun Wirkung. In einer Mehrheit der Gemeinden wurden die vorgesehenen Ansätze für die Abgaben auf Zweitwohnungen markant gesenkt und mit Höchstbeträgen gedeckelt. In Zermatt will man eng mit einer Arbeitsgruppe der Zweitwohnungsbesitzer kooperieren. Diese Kompromissbereitschaft erfährt selbst nach dem Urteil des Bundesgerichts zu den Zweitwohnungen in Silvaplana kaum eine Schmälerung.

In den Gemeinden ist inzwischen die Einsicht gereift, dass man sich besser mit den Zweitwohnungsbesitzern einigt, statt sich mit ihnen auf endlose Querelen einzulassen; dies auch darum, weil nicht wenige Exponenten der Zweitwohnungs-Vereinigungen durchaus bereit sind, eine vernünftige und zweckgebundene Abgabe an die Infrastrukturkosten mitzutragen, wenn dadurch ein

Vermietungszwang entfällt.

Der Finanzierung der touristischen Organisationen im Wallis, wie sie das Kantonsparlament im Mai 2013 im Tourismusgesetz beschlossen hat, erwächst Widerstand. Hinter den Kulissen bereiten Hoteliers aus allen Kantonsteilen und mit unterschiedlichen politischen Hintergründen ein Referendum vor. Sie stören sich vor allem an der Tatsache, dass es neu keine Höchstgrenze für die Kurtaxe mehr gibt. Der Rat hatte bei den Beratungen einen Kompromiss der SVP und der SP-Linksallianz mit einem Maximalbetrag von 5 Franken abgelehnt. Selbst diese Obergrenze hätte eine Verdoppelung der Taxen gegenüber dem heutigen Stand erlaubt. Zudem legen neu nicht mehr die Verkehrsvereine die Höhe der Kurtaxe fest, sondern die Gemeinden. Damit befänden unter Umständen dem Tourismus ferne Kreise über die Ausgestaltung der Mittel, welche durch die Beherberger zu erbringen seien, argwöhnen die Hoteliers.

Hohe touristische Taxen verteuerten touristische Produkte noch zusätzlich. Dabei bekunde die Hotellerie ob hohen Löhnen und Lebensmittelpreisen sowie der Währungsentwicklung ohnehin Mühe, konkurrenzfähig zu bleiben. Bei einer Referendums-Abstimmung könnte es zu einer zweifachen «unheiligen Allianz» kommen: SVP und Linksallianz dürften die Hoteliers unterstützen; diese zählen ausgerechnet auf die Unterstützung der Zweitwohnungsbesitzer. Sie fürchten, durch höhere Kurtaxen geschröpft zu werden. Diese Entwicklung weckt bei der Walliser Regierung und bei den Tourismusorganisationen ungute Erinnerungen: 2009 schickten die Stimmenden ein ähnlich umstrittenes Tourismusgesetz wuchtig bachab.

## MEHR ZUM THEMA

---

**Abgaben auf Zweitwohnungen**

**Walliser Gemeinden suchen Dialog mit Besitzern von Feriendomizilen**

4. November 2013, 09:00

**Bundesgericht zu Zweitwohnungen**

**Die Zusatzsteuer ist zulässig**

Mittwoch, 7. Mai, 11:58

**Besteuerung von Zweitwohnungen**

**Silvaplana schreitet fast alleine voraus**

Gestern, 05:30